

Dr. Axel Harneit-Sievers • Director, Nigeria Office • 9b, Omo Osagie Str.,  
SW Ikoyi, Lagos, Nigeria  
phone (+234-1) 472 14 65 & 444 3554 • fax 269 4326 •  
<http://www.boellnigeria.org> • [axel@boellnigeria.org](mailto:axel@boellnigeria.org)

---

**Politischer Jahresbericht Nigeria 2005**

**von Axel Harneit-Sievers**

(Stand: 25. Juli 2005)

**Zusammenfassung**

Trotz hoher Ölpreise und insgesamt guter gesamtwirtschaftlicher Daten – das Bruttoinlandsprodukt wuchs im Jahr 2004 um 6,1% – gehört die Feststellung, die „Demokratiedividende“ sei ausgeblieben, nach wie vor zu den Allgemeinplätzen des politischen Diskurses in Nigeria. Tatsächlich haben sich die Lebensverhältnisse der breiten Bevölkerung des Landes unter der seit sechs Jahren amtierenden Regierung Obasanjo nicht deutlich verbessert. Die Realeinkommen wachsen angesichts hoher Inflationsraten kaum. Die Wirtschaftsreformpolitik hat zwar in einzelnen Bereichen (vor allem bei der Telekommunikation) beeindruckende Fortschritte gemacht, doch ist die infrastrukturelle Versorgung insgesamt nach wie vor sehr schlecht. In der Elektrizitätsversorgung kam es zu Rückfällen auf das Niveau der späten 1990er Jahre. Während die Privatisierungspolitik erhebliche Inkonsistenzen aufweist, konzentrieren sich Auslandsinvestitionen nach wie vor primär auf die Rohstoffindustrie. Die Reformpolitik greift allenfalls sehr langsam – und sicher allzu langsam gemessen an den Erwartungen der Bevölkerung.

Nigeria stand in der zweiten Jahreshälfte 2004 in im Zeichen langanhaltender politischer Krisen in mehreren Einzelstaaten, wachsender Legitimationsdefizite der Regierung aufgrund der immer deutlicher gewordenen Manipulationen bei den Wahlen 2003 sowie einer bedrohlichen Zuspitzung der Krise im Niger Delta. Dort erklärte ein lokaler Warlord im September der Regierung und den Ölfirmen den Krieg und konnte erst durch direkte Verhandlungen mit dem Präsidenten (sowie vermutlich durch erhebliche Geldzahlungen) von seinem Vorhaben abgebracht werden.

Im Gegensatz dazu brachten die ersten Monate des Jahres 2005 mit der von Obasanjo überraschend einberufenen *National Political Reforms Conference* (NPRC) eine positive Phase des nationalen Dialogs. Parallel dazu kam es zu einigen spektakulären Schritten gegen Korruption auf hoher Ebene. Schließlich erfolgte Ende Juni die Ankündigung, Nigeria werde vom "Pariser Club" einen Schuldenerlass in Höhe von 18 Mrd. US\$ erhalten, was nicht nur eine wichtige internationale Anerkennung der Bemühungen um wirtschaftliche und gesellschaftliche Reform darstellte, sondern dem Präsidenten und seiner Politik auch innenpolitisch viel Respekt verschaffte.

Zugleich allerdings machte die NPRC auch die fast unüberwindlich erscheinenden regionalen Gegensätze in Nigeria deutlich, insbesondere in der Frage der regionalen Aufteilung der Einnahmen aus der Erdölproduktion. Dieser Gegensatz sowie der noch vor Jahresende geplante Zensus lassen eine Zuspitzung politischer Kontroversen erwarten. Dass potentielle Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen 2007 bereits jetzt ihre Startpositionen ausbauen, macht die Politik in Nigeria in den kommenden Monaten gewiss nicht übersichtlicher.

### Zentrale Entwicklungen

Nigeria bietet ein klassisches Beispiel für das „Ressourcenparadoxon“: Einerseits gehört das mit rund 130 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichste Land Afrikas seit den 1970er Jahren zu den wichtigsten Erdölexporteuren der Welt. Im Mai 2005 betrug die Produktion rund 2,45 Mio. Barrel pro Tag (Kondensate und Flüssiggas eingeschlossen), und sie wird in den nächsten Jahren voraussichtlich noch deutlich weiter wachsen. Andererseits erlebte Nigeria nach 1981 zwei Dekaden einer massiven Wirtschaftskrise. Nach verschiedenen Schätzungen leben die Hälfte bis zu zwei Dritteln der Bevölkerung Nigerias unterhalb der von der Weltbank definierten Armutsgrenze von 1 US\$ pro Kopf und Tag. Auch wenn die Wirtschaftsdaten der letzten Jahre ermutigender sind, hat die seit 1999 amtierende und im Frühjahr 2003 wiedergewählte Zivilregierung unter Präsident Olusegun Obasanjo die Lebenssituation der Bevölkerung bisher nicht wesentlich verbessern können. Ölreichtum und Massenarmut stellen in Nigeria - wie auch in zahlreichen anderen Ölexportstaaten der Dritten Welt - nur zwei Seiten derselben Medaille dar.

Das Ressourcenparadoxon hat ökonomische und politische Ursachen. Die Erdölproduktion, die in Form von Joint Ventures zwischen transnationalen Ölfirmen und der staatlichen Ölgesellschaft *Nigerian National Petroleum Corporation* (NNPC) erfolgt, stellt eine Enklavenwirtschaft dar. Sie ist kapitalintensiv, beschäftigt wenig Arbeitskräfte, und ihre Vernetzung mit dem Rest der nigerianischen Volkswirtschaft ist gering. Öl hat schon in den 1970er Jahren die traditionellen Agrarexportgüter verdrängt und zu einer massiven Urbanisierung ohne begleitende industrielle Entwicklung sowie zu einer hohen Importabhängigkeit selbst bei Nahrungsmitteln geführt („Dutch Disease“). Doch die negativen Auswirkungen der Ölabhängigkeit reichen über rein wirtschaftliche Folgen weit hinaus. Aus der Ölproduktion erzielt der nigerianische Staat „Renten“-Einkommen, die den Löwenanteil der Staatseinnahmen ausmachen und in zentralisierter Form anfallen. Die einzelne, alle anderen überragende Quelle gesellschaftlichen Reichtums wird zentral akkumuliert und politisch kontrolliert, was zu Korruption und Nepotismus in großem Maßstab führt. Unter diesen Bedingungen degeneriert Politik zum Kampf um den Zugang zu dieser einen Ressource und ihrer Verteilung - des „nationalen Kuchens“ im nigerianischen Sprachgebrauch. Die Besetzung eines politischen Amtes wird zum Zielpunkt „politischer Unternehmer“, die ihre „Investitionskosten“ durch die private Aneignung öffentlicher Mittel amortisieren. Zugleich entstehen heftige Verteilungskonflikte, häufig in gewaltsamer Form.

Rohstoff- und speziell Ölrenten haben in allen außer den stabilsten, institutionell gefestigtsten und am stärksten demokratisch legitimierten Staaten zu schweren Verwerfungen geführt. Sie haben ohnehin schwache Institutionen korrodiert und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung eher behindert als gestärkt. In zahlreichen Ländern fördert oder verlängert das Vorhandensein von Ölrenten gewaltsame Konflikte. Angesichts der rasch wachsenden Bedeutung der Region West- und Zentralafrika für die Welterdölförderung - bis 2015 werden Steigerungsraten von 50% und mehr erwartet - drohen auch weitere Länder der Region zu Opfern des „Ressourcenfluchs“ zu werden. Nigeria ist weiterhin das wichtigste einzelne Förderland der Region und bietet aufgrund seiner bereits über 30-jährigen Ölexport-Erfahrung reichlich Anschauungsmaterial für die skizzierten Probleme.

Die seit 2004 stark gestiegenen Rohölpreise bedeuteten für Nigeria gleichermaßen ein Potential für positive wirtschaftliche Entwicklungen und das Risiko einer Verschärfung der „Ressourcenfluch“-Problematik. Vor diesem Hintergrund erhalten die konkrete Ausgestaltung der Wirtschaftsreformpolitik, Verbesserungen in der Praxis der Regierungsführung (Transparenz bei Einnahme und Verwendung öffentlicher Mittel) sowie Antikorruptionsmaßnahmen eine besonders große Bedeutung.

### Wirtschaftssituation und Reformpolitik

Die Feststellung, die „Demokratiedividende“ sei ausgeblieben, gehört nach wie vor zu den Allgemeinplätzen des politischen Diskurses in Nigeria. Tatsächlich haben sich die wirtschaftliche Situation und die Lebensverhältnisse der breiten Bevölkerung in den sechs Jahren der Regierungszeit Obasanjos nach Ansicht der meisten Nigerianerinnen und Nigerianer nicht entscheidend verbessert. Dies stellt nach wie vor ein großes Legitimitätsdefizit des Demokratisierungsprozesses in Nigeria dar.

Eine von der führenden Tageszeitung *The Guardian* (Lagos, 26.6.05) im Juni 2005 landesweit durchgeführte Meinungsumfrage ergab, dass immerhin 43% der Befragten die praktische Realität der Demokratie in den vergangenen sechs Jahren insgesamt als neutral ("fair") bewerteten, 18% als "gut" und 7% sogar als "sehr gut". Nur ein knappes Drittel der Befragten antwortete mit "schlecht" (17%) oder "sehr schlecht" (13%). Zwar liegen keine direkt vergleichbaren Daten aus früheren Jahren vor, doch scheint sich eine Verbesserung der zuvor ausgesprochen schlechten Stimmungslage zumindest anzudeuten.

Wie bereits in vergangenen Jahren bestand auch 2004/2005 ein deutlicher Gegensatz zwischen "gefühlter Wirtschaftslage", der Perzeption von Lebensbedingungen, Preisentwicklung etc. in privaten und öffentlichen Debatten einerseits und den makroökonomischen Daten andererseits.

Der Jahresbericht der Zentralbank für 2004 wies für das Bruttoinlandsprodukt ein Wachstum von 6,1% aus – ein Ergebnis, das deutlich über dem im Zeitraum 1999-2003 erzielten Durchschnitt von 3,6% liegt. Diese Steigerung, so die Zentralbank, sei nicht allein Resultat der hohen Ölpreise; sie gehe auch auf positive Entwicklungen in anderen Sektoren zurück, insbesondere in der Landwirtschaft, die 2004 mit 6,2% gewachsen sei. (Die Einschätzung über ein gutes Wachstum im Agrarbereich wird auch vom Weltbank-Büro in Abuja geteilt; allerdings sind genauere Daten und Zusammenhänge bislang nicht greifbar.) Die Zentralbank bezifferte die Inflationsrate Ende 2004 auf rund 15%; Schätzungen anderer Stellen lagen zwischen 10% und 20%, teilweise noch darüber. Der langfristige Abwertungstrend der nigerianischen Währung wurde 2004 gestoppt – jedenfalls gegenüber dem US\$ als der Währung, in der Nigerias Ölexporte bezahlt werden, auch wenn sie anderen wichtigen Währungen gegenüber deutlich fiel. Aufgrund der hohen Ölpreise gelang es Nigeria erstmals seit Jahren, beträchtliche Devisenreserven aufzubauen (23 Mrd. US\$ Ende Mai 2005). Mehrere positive Wachstumszahlen übertreffen sogar die im nationalen Entwicklungsprogramm NEEDS (*National Economic Empowerment and Development Program*, veröffentlicht im Frühjahr 2004) genannten Zieldaten.

Solch positive Makrodaten können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass weite Teile der realen Ökonomie Nigerias sich nach wie vor in einer tiefen Krise befinden und angesichts schwieriger infrastruktureller wie politischer Rahmenbedingungen auch nicht mit raschen Verbesserungen gerechnet werden kann. Eine marode Infrastruktur, Sicherheitsprobleme, Korruption und Erpressung durch Behörden und Sicherheitsorgane, Rechtsunsicherheit und teilweise inkonsistente Wirtschaftspolitik (z.B. intransparente und Mehrfach-Besteuerung) sowie ein hohes Zinsniveau (26-28%) erhöhen die Kosten und, in Kombination mit dem auf zahllosen Fällen von Wirtschaftskriminalität ("419") beruhenden schlechten Image Nigerias, neue Investitionen. Investitionen in großem Maßstab finden sich derzeit am ehesten im extraktiven Energiesektor (Öl und Gas) sowie im Bereich Telekommunikation; in beiden Bereichen treiben vor allem – allerdings nicht ausschließlich – große multinationale Firmen die Entwicklung voran.

Nichtsdestotrotz hat der Telekommunikationssektor in den letzten Jahren einen eindrucksvollen Beleg dafür geliefert, dass auch eine arme Volkswirtschaft mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von ca. 300 US\$ pro Jahr erhebliche Massenkaufrkraft und entsprechende Entwicklungschancen besitzt. Die Zahl der Telefonanschlüsse (v.a. Mobilnetze) wurde im Lauf eines Jahres nochmals weit mehr als verdoppelt

und lag Mitte 2005 bei schätzungsweise 16 Mio. (gegenüber 400.000 im August 2001, als die Kommunikationsrevolution begann). Die Mobiltelefonnetze decken inzwischen auch zahllose kleinere Ortschaften ab und erreichen inzwischen vermutlich bereits die Hälfte der Gesamtbevölkerung des Landes. Fallende Preise bei starker Konkurrenz sowie eine auch von den großen Firmen systematisch unterstützte Mikro-Distribution - mit privat betriebenen Telefonständen ("Make Your Local and International Phone Calls Here") an jeder Straßenecke - haben die Telefonnutzung zu einem Massenphänomen gemacht, das auch für arme Bevölkerungsgruppen zugänglich ist und die Lebens- und Arbeitsformen in Nigeria inzwischen tiefgreifend positiv beeinflusst. Auch andere auf einen breiten Endverbraucher-Markt hin orientierte Sektoren weisen eine positive Entwicklung auf; das Spektrum reicht von der Nahrungsmittelverarbeitung bis zur Unterhaltungsindustrie (z.B. die "Nollywood" genannte Filmbranche und das im Juli 2005 in Lagos gestartete Lotto).

Gleichzeitig allerdings leiden viele der älteren Industrien - beispielsweise der Textilsektor - unter strukturellen und Auslastungsproblemen sowie zunehmend unter der Konkurrenz billiger Importe. Zum Schutz dieser Industrien (sowie einiger landwirtschaftlicher Sektoren, etwa der Geflügelproduktion) hat die Regierung seit 2004 eine Reihe von Importverboten verhängt, deren Wirksamkeit und Folgen zumindest in Fachkreisen kontrovers diskutiert werden. So gingen offenbar manche Importverbote auf die Lobbyarbeit sehr spezifischer Interessen(gruppen) beim Präsidialamt zurück, ohne dass eine systematische Abstimmung mit den Fachabteilungen der Ministerien - geschweige denn mit anderen Interessengruppen - stattgefunden hätte. Im Ergebnis erwiesen sich manche der Verbote auch für lokale Industrien, die sie eigentlich hätten schützen sollten, als kontraproduktiv, etwa weil benötigte Rohstoffe oder Halbfertigprodukte nicht oder unzureichend erhältlich waren. Zugleich ist die Durchsetzbarkeit von Importverboten angesichts der Durchlässigkeit der Landesgrenzen als Folge von Korruption beim Zoll ohnehin fraglich, obwohl Fälle von Beschlagnahmung und Vernichtung von Schmuggelware gern mit großem Aufwand medial vermarktet werden. In der Realität dürften die Importverbote (jedenfalls soweit es breit nachgefragte Konsumgüter betrifft) die Einfuhren nicht beenden, sondern zunächst einmal vor allem zu erhöhter Korruption an den Grenzen und zu Preiserhöhungen im Land führen.

Mit dieser protektionistischen Politik alten Stils handelt Nigeria nicht nur wider WTO-Regeln, die nichttarifäre Handelsbeschränkungen untersagen, sondern untergräbt auch die Bemühungen um den Abbau von Zollschränken innerhalb Westafrikas und die Vorbereitungen für den Abschluss eines Freihandelsabkommens mit der EU. Insgesamt liegt Nigeria mit seiner Außenhandelspolitik derzeit klar quer zu gängigen globalen Trends. Es kann sich dies natürlich vor allem deshalb erlauben, weil es nicht mit Sanktionen gegen sein Hauptexportgut Erdöl rechnen muss. Aus "wirtschaftsnationalistischen" Motiven heraus ist eine solche Außenhandelspolitik im Lande selbst durchaus populär. Für die langfristige Entwicklung von Nicht-Öl-Exporten - ein seit Jahrzehnten immer wieder ausgerufenes Ziel der Wirtschaftspolitik, das auch gegenwärtig eine hohe erklärte wirtschaftspolitische Priorität ist - könnte sie sich allerdings als Hindernis erweisen.

Wie tiefgreifend die Infrastrukturprobleme Nigerias sind, wurde vor allem im Energiebereich deutlich. Ab Oktober 2004 gab es einen unvorhergesehenen drastischen Einbruch in der ohnehin unzureichenden Elektrizitätsproduktion. Bei einer Kapazität von rund 4.000 MW wurden meist weniger als 3.000, bisweilen sogar nur 2.000 MW Strom erzeugt - Größenordnungen, wie sie 1998 vor Beginn des Demokratisierungs- und Reformprozesses gängig waren. Als Gründe der Krise wurden Wassermangel und Anlagenüberalterung im Wasserkraftwerk Kainji sowie Störungen bei der Gasversorgung des Kraftwerks Egbin bei Lagos genannt, die zusammen fast die Hälfte der gesamten nigerianischen Kapazität bereitstellen; seit den 1980er Jahren waren keine größeren Investitionen mehr in den Ausbau der Stromversorgung erfolgt. In

der Folge kam es zu großflächigen, teilweise tagelangen Stromabschaltungen. Ihre Auswirkungen betrafen nicht nur die verarbeitende Industrie, die umfassende eigene - allerdings teure - Generatorkapazitäten besitzt, sondern auch und vor allem den städtischen informellen Sektor, von dem Millionen Menschen existenziell abhängen. Dazu kamen gesundheitliche und Umweltschäden: die Versorgungskrise fiel mit der Hitzeperiode zusammen, und es kam zu Todesfällen durch Abgasvergiftung (v.a. bei der Verwendung von Kleinstgeneratoren aus chinesischer Produktion, die bereits für umgerechnet 70 Euro erhältlich sind).

Die massive öffentliche Kritik an der Versorgungskrise brachte offenkundig einen Schub für die seit mehreren Jahren verschleppte Reform des Energiesektors. Am 11.3.05 unterzeichnete Präsident Obasanjo ein Gesetz, dass die Aufteilung des staatlichen Stromversorgers NEPA in 18 regionale und sektorale Einzelunternehmen und vereinfachte private Investitionen im Energiebereich ermöglicht, seit 1.7.05 hat die *Power Holding Company of Nigeria* (PHCN) die Nachfolge von NEPA angetreten. Die Elektrizitätsversorgung ist damit zum größten einzelnen zur (Teil)-Privatisierung anstehenden Sektor Nigerias geworden, dessen zukünftige Strukturen bislang allerdings kaum erkennbar sind.

Seit April 2005 scheint sich die Stromversorgung ein wenig verbessert bzw., wie in der Regenzeit üblich, die Nachfrage ein wenig verringert zu haben. Obwohl erste private Kraftwerke bereits in Betrieb oder im Bau sind, ist kurzfristig keine durchgreifende Verbesserung der Situation zu erwarten. Kraftwerksbau kostet Zeit - typischerweise 18-24 Monate für den Neubau einer Anlage mit 100-200 MW. Als Planungsziel für den angestrebten Kapazitätsausbau auf 10.000 MW wird inzwischen eher das Jahr 2010 als 2007 gehandelt. Zuverlässige Bedarfsschätzungen gibt es ohnehin nicht - wohl aber die Möglichkeit, dass (analog zu der alle Erwartungen weit übertreffenden Entwicklung im Telekommunikationssektor) der reale Bedarf weit höher als die oft genannten 6-10.000 MW liegen könnte, sobald der nigerianische Verbraucher überhaupt erst einmal mit einer einigermaßen zuverlässigen Stromversorgung rechnen darf.

Die Privatisierung von Staatsbetrieben - ein Kernbestandteil der Wirtschaftsreformpolitik - geht insgesamt schleppend voran. Es kam seit 2003 zweimal zu Personalwechsellern an der Spitze des mit der Umsetzung der Privatisierungspolitik beauftragten *Bureau for Public Enterprises* (BPE). Mehrere Dutzend vormals im Staatsbesitz befindliche Industriebetriebe und Hotels sind inzwischen verkauft; bis heute ist unklar, ob erwartete Effizienzgewinne realisiert werden oder ob es den neuen Eignern nicht doch vielfach eher um "asset stripping" und den Grundbesitz der betreffenden Firmen geht; ein Beispiel ist das Werftunternehmen Nigerdock in Lagos. Die Transparenz der bisherigen Privatisierungsverfahren ist begrenzt; weithin herrscht der Eindruck vor, dass oft "Freunde" des Präsidenten oder des Vizepräsidenten den Zuschlag erhalten. Bei den wirklich großen Infrastrukturbetrieben, in denen eine Privatsektor-Beteiligung (Elektrizität, Wasserversorgung auf Ebene der Bundesstaaten) bzw. Privatisierung (die staatliche Telekommunikationsfirma NITEL, deren Verkauf 2001 scheiterte) ansteht, befindet sich der Reformprozess allenfalls im Anfangsstadium.

Am 28.6.05 bewilligte die Weltbank einen Kredit von 200 Mio. US\$ für das Wassersektor-Reformprogramm in Lagos und Cross River, der den Ausbau der Infrastruktur und die Privatsektorbeteiligung unterstützen soll. Allerdings ist derzeit völlig unklar, ob sich für Teilprojekte in der technisch wie politisch überaus komplexen Wasserversorgung der Megacity Lagos überhaupt in relevantem Ausmaß private Investoren finden werden.

Ein weiteres Kernelement der Wirtschaftsreformpolitik - das Ende der Subventionen für Benzin und die Liberalisierung von Import und Vermarktung - hatte bis Mitte 2004 zu mehreren Generalstreiks bzw. entsprechenden Drohungen geführt, weil die Liberalisierungspolitik in Kombination mit steigenden globalen Rohölpreisen zu einem starken Anstieg der inländischen

Kraftstoffpreise geführt hatte. Bei weiterhin hohem, aber zumindest weitgehend stabilen Preisniveau, einer erheblichen Verbesserung der Versorgungssituation und monatelangen (wenn auch wenig ergiebigen) Konsultationen zwischen Gewerkschaftsbund NLC und der Regulierungskommission kam es seit der zweiten Jahreshälfte 2004 zu keinen weiteren Konfrontationen um den Benzinpreis. De facto subventioniert die Regierung weiterhin Benzinimporte durch die NNPC, nach Angaben der Vermarkter von Mitte 2005 mit jährlich rund 500 Mio. US\$ (*Guardian*, 17.7.05, S. 3). Die allgemein als Königsweg aus der Benzin Krise angesehene Option – der Ausbau inländischer Raffineriekapazitäten – gestaltet sich schwierig, da es wenig ernsthaftes private Interessenten für die vier maroden Raffinerien gibt. Inzwischen versucht die Regierung, den Verkauf einer Raffinerie durch dessen Verknüpfung mit Ölförderlizenzen attraktiver zu machen.

### **Entschuldung**

Mit einer Auslandsverschuldung in Höhe von ca. 35 Mrd. US\$ galt Nigeria seit Jahren als Sonderfall in den internationalen Debatten um Entschuldung in Afrika: Das Land wurde international primär als ressourcenreicher Ölexporteur mit einer zwar grossen Bevölkerungszahl wahrgenommen, das aber im Prinzip über die Mittel zur Bewältigung seiner Probleme verfügt, wenn es nur wirtschaftliche und politisch besser gemanagt wird. So bewertete der Internationale Währungsfond noch im Frühjahr 2005 im Rahmen der Artikel IV-Konsultationen die Schuldenlast des Landes als "sustainable" und sah die Fähigkeit zur Rückzahlung – in der Praxis rund 1,5 Mrd. US\$ pro Jahr – als gegeben. Nigerias Regierung vertritt seit Jahren eine gegenteilige Sichtweise: Sie betrachtet Nigeria als armes, bevölkerungsreiches und hoch verschuldetes Land, dessen jährliches Einkommen aus Öleinnahmen nur rund 100-150 US\$ pro Kopf der Bevölkerung beträgt, und das deutliche Erfolge beim Bemühen um wirtschaftliche Reformen und Verbesserung der Regierungsführung zeigt, die honoriert werden sollten. Viele Kommentatoren in Nigeria argumentieren darüber hinaus, dass die ursprünglich aufgenommenen Kredite (weniger als 20 Mrd. US\$) bereits lange zurückgezahlt worden seien; die aktuellen Schulden seien allein Strafzinsen (Nigeria hatte in den 1990er Jahren die Rückzahlung eingestellt); und ohnehin seien die meisten der zumeist Anfang der 1980er Jahre von korrupten Regierungen aufgenommenen Kredite "anrühigen" Charakters gewesen ("odious debt"). Die aufgeheizte Stimmung in Nigeria in Bezug auf die Schuldenfrage wird daran deutlich, dass am 8.3.05 die erste Kammer des Parlaments (House of Representatives) Obasanjo zum Stopp aller weiteren Schuldenrückzahlungen aufforderte und der Präsidentenberater Abe Babalola am 16.3.05 vorschlug, Nigeria solle die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds wegen unlauterer Kreditvergabe in den 1980er Jahren vor dem Internationalen Gerichtshof verklagen.

In Kombination mit solchen nicht unbedingt ernstzunehmenden Drohungen trugen zahllose Auslandsreisen des Präsidenten und einer hochrangigen Parlamentsdelegation im April 2005 sowie – ganz wesentlich – das internationale Renomé der seit 2003 amtierenden Finanzministerin, Ngozi Okonjo-Iweala (eine ehemaligen Weltbank-Vizepräsidentin), dazu bei, dass im Frühjahr 2005 Bewegung in die Schuldenfrage kam und schließlich ein bemerkenswerter Stimmungsumschwung stattfand. Ende Juni kündigten die im "Pariser Club" versammelten institutionellen Gläubiger Nigeria die Erlassung von Schulden in Höhe von 18 (von insgesamt 30) Mrd. US\$ an. Sobald Nigeria 6 Mrd. US\$ direkt zurückzahlt, erhält es den Schuldenerlass nach "Neapel-Konditionen" und wird den Restbetrag stark diskontiert zurückkaufen. Die Regierung plant damit, bis Jahresende 2005 die gesamten Schulden beim "Pariser Club" zu bereinigen; angesichts der derzeit hohen Öleinnahmen und Devisenreserven erscheint dies auch finanzierbar. Die Umschuldung Nigerias steht außerhalb des kurz zuvor beschlossenen Schuldenerlasses für 18 HPIC-Staaten im Umfang von 40 Mrd. US\$.

Der Schuldenerlass stellt international wie innenpolitisch einen großen Erfolg für die Regierung dar und ließ zur Jahresmitte 2005 viele Kritiker

an Obasanjo und seinem "core economic team" (Finanzministerin Ngozi Okonjo-Iweala; Zentralbankchef Charles Soludo u.a.) zunächst einmal verblüfft verstummen. In der Realität bedeutet der Schuldenerlass nicht so sehr einen ökonomischen Durchbruch, denn allein die durch die hohen Ölpreise akkumulierte "excess crude revenue" (Reserven außerhalb des Budgets) übersteigt die tatsächliche Schuldentrückzahlungsquote um ein Mehrfaches. Vielmehr ist er vor allem ein politisches Signal, das die Fortschritte im wirtschaftlichen Reformprozess anerkennt. Er lässt sich allerdings auch kritischer lesen: nämlich als Versuch der Gläubigernationen, die Obasanjo-Regierung aus Sorge um die politische Stabilität Nigerias und die Zukunft des Reformprozesses in einer Situation zu unterstützen, in der Wirtschaftsreformen zwar angegangen werden, aber wesentlicher langsamer greifen als erhofft.

### **Korruptionsbekämpfung und Transparenz**

Seit Antritt der Regierung Obasanjo im Jahr 1999 bilden Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung ein Dauerthema des politischen Diskurses in Nigeria. Klagen über Korruption waren und sind täglich in allen Zeitungen nachzulesen - und bleiben in aller Regel folgenlos. Die institutionelle Korruptionsbekämpfung durch die *Independent Corrupt Practices Commission* (ICPC) - schlecht finanziert und ohne wirkliche Handhabe oder ohne den rechten Willen - blieb praktisch bedeutungslos; allenfalls die *Economic and Financial Crimes Commission* (EFCC) hatte seit 2003 einige markante Erfolge im Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität verbuchen können - jedenfalls soweit letztere über keinen politischen Schutz (mehr) verfügte. Ergebnis war ein weitverbreiteter Zynismus, verbunden mit allgemeinen Schuldzuweisungen: an die politischen Eliten, die ein schlechtes Vorbild geben; an Institutionen wie NEPA und Polizei, zu deren Alltagsgeschäft die Erpressung gehört; an eine Allgemeinheit, die Korruption als quasi normalen "way of life" betrachtet und alle zu Mitschuldigen macht.

Die Allgegenwart von Korruption im politischen Leben Nigerias und ihre Akzeptanz als Normalität wurde im Fall Joshua Dariye in aller Schärfe deutlich. Der Gouverneur des Plateau State war im Frühjahr 2004 nach schweren Unruhen in seinem Staat und Korruptionsvorwürfen (er war in London wegen offenkundig illegaler Geldtransfers von der Polizei festgehalten worden) suspendiert und ein sechsmonatiger Ausnahmezustand in Plateau ausgerufen worden. Nach dessen Ablauf kehrte Dariye trotz expliziter Aufforderungen Obasanjos an die Parlamentarier des Plateau State, dies per Impeachment zu verhindern, am 18.11.04 ins Amt zurück. Tatsächlich sahen viele im Plateau State den Versuch Obasanjos, eine Entlassung Dariyes zu erreichen, primär als politisches Komplott gegen eigene und Gruppeninteressen. In diesem wie in vielen ähnlichen Fällen wurde argumentiert, Dariye sei nur einer unter vielen Dieben (und vielleicht nicht einmal der Schlimmste) gewesen und dürfe nicht selektiv bestraft werden, solange andere frei ausgingen. Bestrafung bzw. Amtsenthebung wurden primär als Angriff gegen die Gruppeninteressen verstanden, die er repräsentiert. Inzwischen wurde Dariye (und einigen anderen) das Einreisevisum für die USA entzogen; die britische Polizei hat einen Haftbefehl gegen ihn ausgestellt. Dennoch bleibt er im Amt, während Ermittlungen gegen ihn geführt werden - juristisch durch Immunitätsregeln geschützt, deren Legitimität angesichts solch offenkundigen Missbrauchs inzwischen heftig diskutiert wird. Zu Obasanjos Gunsten ist zu betonen, dass der Präsident sich an die verfassungsmäßigen Regeln hielt und die Dariye-Affäre - entgegen mancher Befürchtungen - nicht dazu nutzte, den Ausnahmezustand in Plateau auf unbestimmte Zeit zu verlängern.

Im Frühjahr 2005 allerdings erhielt die Korruptionsbekämpfung auf höchster Ebene eine neue Dynamik. Präsident Obasanjo kündigte in einer Fernseh- und Rundfunksprache am 22.3.05 die Entlassung seines Bildungsministers Fabian Osuji an und bezichtigte in diesem Zusammenhang zugleich mehrere andere prominente Mitglieder des Parlaments der Korruption, unter ihnen der Senatspräsident Adolphus Wabara, der wenige Tage später zurücktreten

musste. Bemerkenswert ist die Struktur des Falls: Fabian hatte sich (jedenfalls in diesem konkreten Zusammenhang) nicht etwa selbst bereichert. Vielmehr hatte er 55 Mio. Naira (ca. 0,4 Mio. US\$) aus Mitteln seines Ministeriums an Mitglieder der Haushaltsausschüsse beider Kammern gezahlt, um deren Zustimmung für das Budget seines Ministeriums zu erhalten. Dies ist nach verbreiteter Einschätzung gängige Praxis (ebenso wie Zahlungen an Parlamentsmitglieder, um deren Zustimmung zu Gesetzesvorhaben zu sichern), hatte aber vorher in keinem Fall nachgewiesen werden können. Im Falle Osujis legte die EFCC Protokolle vor, die die Mechanismen solcher Korruptionsfälle detailliert dokumentierten. Osuji rechtfertigte sich später mit dem Argument, er habe geglaubt, so handeln zu müssen, um eine Verschärfung der Krise an den Universitäten zu vermeiden, die seit Jahren Schauplatz von gewaltsamen Auseinandersetzungen und Morden (durch sogenannte "Kulte") sind.

Ähnlich großes Aufsehen erregte der Fall des Inspector-General of Police, Tafa Balogun, der am 17.1.05 überraschend seinen Abschied genommen hatte. Bald darauf wurde bekannt, dass die EFCC gegen ihn ermittelte. Nach seiner Verhaftung am 29.3.05 wurde er vor Gericht gestellt - wegen zahlreicher Unterschlagungsfälle, die sich auf rund 2 Mrd. Naira (ca. 14,6 Mio. US\$) summierten, gespeist aus dem Etat der chronisch unterfinanzierten Polizei, die gewohnheitsmäßig ihre alltäglichen Erpressungen mit Hinweis auf ihre schlechte Bezahlung begründet. Als in den folgenden Wochen zahlreiche "traditionelle Herrscher" (neo-traditionale Chiefs) und andere zu Baloguns Gunsten intervenierten, wurde das Netzwerk von Freunden erkennbar, das er durch großzügige Geschenke (z.B. Geländewagen) errichtet hatte. Am 4.4.05 ließ die EFCC Balogun in Handschellen vor das Gericht in Abuja führen, was sensationelle Fernsehbilder produzierte, der EFCC aber auch die Kritik einbrachte, sie handele nicht mehr in rechtsstaatlich angemessener Weise; im Juli wurden Vorwürfe laut, EFCC-Mitarbeiter hätten Balogun physisch misshandelt. Es wurden bereits erste Kritiken laut, die die EFCC vor allem als Instrument des Präsidenten zur Einschüchterung und Verfolgung politischer Gegner sehen - wiederum mit dem bereits bekannten Argument, ihr Einsatz erfolge selektiv. Nach allgemeiner Einschätzung reagiert der Präsident wenig auf die allgegenwärtigen Korruptionsbeschuldigungen, ist aber bereit zu handeln, wenn ihm handfeste Beweise vorgelegt werden. Zugleich ist festzuhalten, dass sich die EFCC in oft langwierigen Ermittlungen um eine Beweisführung bemühen muss, die auch einem Gerichtsverfahren standhält. Insgesamt sind die Antikorruptionsanstrengungen der EFCC als bemerkenswerte Erfolgsgeschichte zu werten - selbst wenn man sie auch als Strategie Obasanjos zur Demonstration der Fortschritte des Reformprozesses im Kontext der Entschuldungsverhandlungen des Frühjahrs 2005 sieht. Bei allen positiven Entwicklungen der Antikorruptionspolitik der letzten Monaten waren dunkle Flecken nicht zu übersehen. Der exzellente Ruf als Antikorruptionskämpfer, den der vormalige BPE-Chef und jetzige Ministers für Abuja, Mallam Nasir el-Rufai, besitzt, wurde schwer beschädigt, als sich herausstellte, dass die holländische Firma Pentascope die Erwartungen an den unter el-Rufais Verantwortung abgeschlossenen Managementvertrag für NITEL bei weitem nicht erfüllte. Offen blieb, ob hierfür Managementfehler oder Korruption vorlagen. Das Parlament jedenfalls - von el-Rufai in der Vergangenheit massiv wegen Korruption angegriffen, ohne dass er letztlich gerichtsverwertbare Beweise hätte vorlegen können - nutzte die Gelegenheit zur Demontage el-Rufais und entzog ihm auf Lebenszeit das Recht zur Bekleidung öffentlicher Ämter. Dabei erscheint auch ein Zusammenhang mit der von el-Rufai gegenwärtig vorangetriebenen Kampagne zum Abriss illegaler Gebäude in Abuja wahrscheinlich.

Eine erhebliche Rufschädigung des Präsidenten selbst resultierte aus dem umstrittenen "Launching" des Projekts einer "Presidential Library" am 14.5.05 in Abeokuta, der Heimatstadt Obasanjos. In diesem als private Initiative beschriebenen Ereignis wurden Beiträge in Höhe von insgesamt 4 Mrd. Naira (rund 29 Mio. US\$) zugesagt. Viele Zusagen kamen von privaten Gebern, darunter eng mit Obasanjo verbundene Geschäftsleute wie Aliko Dangote (Nigerias Zuckermonopolist und Hauptprofiteur der

Importverbotspolitik) und Mike Adenuga (Chef von Globalcom, der einzigen privaten nigerianischen Firma unter den vier relevanten GSM-Unternehmen). Andere Zahlungszusagen kamen aus öffentlichen Quellen, etwa von Staatsregierungen und der *Nigerian Ports Authority*. All dies lässt sich – nach Maßstäben der "Ortsüblichkeit" in Nigeria – als "Geschenk" an den Präsidenten interpretieren, der sich ein Denkmal setzen will und darf, das seine Amtszeit überdauert. Manche Kommentare allerdings sahen nicht nur einen Fall von "Landschaftspflege" durch die Geber, sondern schlicht deren Erpressung durch den Präsidenten. In jedem Fall bedeutete das "Launching" einen krassen Verstoß gegen das Prinzip der Trennung von öffentlicher und privater Sphäre und lieferte ein drastisches Beispiel "obszöner" Praxis und Selbstdarstellung postkolonialer Macht (Achille Mbembe) auch in Obasanjos Nigeria. International allerdings wurde das Ereignis kaum wahrgenommen.

Bei aller Kritik an der systematischen und institutionalisierten Korruption in Nigeria ist die Mitverantwortung ausländischer Firmen offenkundig, die illegale Zahlungen für Zuschläge an öffentlichen Aufträgen leisten. Bislang werden solche Fälle kaum verfolgt. Eine Ausnahme bildete der am 20.9.04 durch die nigerianische Regierung verfügte Stopp für die Vergabe öffentlicher Aufträge an die US-amerikanische Erdöl-Servicefirma Halliburton. Der konkrete Anlass waren Unregelmäßigkeiten im Umgang mit radioaktivem Material, zu Messungen an Ölfördereinrichtungen verwendet, das 2002 "verschwand" und später in einer Schrottverwertungsfirma in Bayern wieder auftauchte. Daneben standen dokumentierte Korruptionsvorwürfe gegen Halliburton im Zusammenhang mit dem Aufbau der Gasverflüssigungsanlage in Bonny in den frühen 1990er Jahren sowie Steuerbetrug in Nigeria. Angesichts der Verflechtungen zwischen Halliburton und der US-amerikanischen Regierung erhielt der Skandal vor dem Hintergrund des amerikanischen Wahlkampfs im Herbst 2004 besondere Brisanz (vgl. "Gas leak", *Africa Confidential*, 25.6.2004).

Die Obasanjo-Regierung bemüht sich weiterhin um finanzielle Transparenz im Regierungshandeln, insbesondere auf Bundesebene. Das Finanzministerium setzt die im Frühjahr 2004 begonnene Publikation der Finanzzuteilungen aus dem v.a. durch die Öleinnahmen gespeisten *Federation Account* an die Bundesstaaten und Lokalverwaltungen fort, wenn auch mit weniger Publizität als zu Beginn. Dies war und ist ein durchaus umstrittenes Novum in einer Gesellschaft, die sich daran gewöhnt hat, die Kontrolle öffentlicher Gelder als quasi privates (und deshalb vertraulich gehandhabtes) Vorrecht der jeweiligen Amtsinhaber zu betrachten, wobei die private Aneignung von Mitteln mit einer guten Portion Zynismus als zwar bedauerlich, aber geradezu selbstverständlich mitgedacht wird. Die populäre Chefin des Budget-Büros des Präsidenten, Obi Ezekwesili ("Madam Due Process"), wurde jüngst zur Ministerin ernannt. Nigeria nimmt an der *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI) zur Offenlegung von Öleinnahmen teil; dies wird ergänzt durch die zivilgesellschaftliche *Publish What You Pay* (PWYP) Kampagne. Bei der Rückführung und Verwendung von rund 500 Mio. US\$ aus der Schweiz – Gelder, die in den 1990er Jahren durch den Militäarchef Sani Abacha gestohlen worden waren – scheint die Regierung grundsätzlich zur Implementierung eines Monitoring-Verfahrens bereit zu sein, das zivilgesellschaftliche Gruppen, die Schweizer Regierung und die Weltbank mit einbezieht. Allerdings haben die sich nun seit vielen Monaten hinziehenden Verhandlungen zu diplomatischen Verstimmungen zwischen der Schweiz und Nigeria sowie massiver öffentlicher (aber unbegründeter) Kritik an einer mangelnden Bereitschaft der Schweiz zur Rückführung der Gelder geführt. In diesen und verwandten Fragen hat die nigerianische Bundesregierung inzwischen das Recht auf öffentliche Partizipation (auch in institutionalisierter Form durch NRO) im Prinzip anerkannt. Die praktische Umsetzung eines solchen Monitoring ist naturgemäß erheblich schwieriger, setzt es doch erhebliche qualitative und finanzielle Kapazitäten voraus. Die nigerianische Zivilgesellschaft befindet sich in dieser Hinsicht noch im Anfangsstadium; immerhin hat auch die Geberseite die Bedeutung von Monitoring- und Transparency-Programmen erkannt und fördert sie auf breiter Basis.

Nach wie vor sind die positiven Ansätze im Bereich Wirtschafts- und Strukturreform vor allem auf der Bundesebene in Abuja konzentriert. In vielen Bundesstaaten haben sich die Usancen des politischen Betriebs und speziell das Finanzgebaren der Gouverneure bisher wenig verändert. Tatsächlich verfügen viele Gouverneure in ihren Staaten über eine praktisch fast unbegrenzte Macht gegenüber den anderen Institutionen des demokratischen Systems, etwa den Staatsparlamenten und insbesondere den Local Governments, deren Mittelzuteilungen aus dem *Federation Account* sie de facto kontrollieren - und von denen sie aus nicht immer transparenten Gründen regelmäßig erhebliche Abzüge vornehmen. Damit überwachen die Gouverneure zusammen genommen, in der Praxis den gleichen Anteil des *Federation Account* wie der Präsident. Ojo Maduekwe, ehemaliger Transportminister und jetziger Berater Obasanjos, sprach in einem Kommentar zum Unabhängigkeitstag gar von einer "Dezentralisierung von Korruption und Armut", die die Vervielfachung der Zahl der Bundesstaaten mit sich gebracht habe ("A piece of advice for Nigeria at 44", *Guardian*, 1.10.04). Zugleich ist allerdings auch festzuhalten, dass Leistungsfähigkeit und Popularität der 36 Staatsregierungen signifikant variieren, wie die jüngste Meinungsumfrage des *Guardian* (26.6.05) zeigt: In Akwa Ibom bewerteten 78% der Befragten ihre Zufriedenheit mit der jeweiligen Staatsregierung als immerhin "moderat" oder sogar "exzellent", 71% in Kebbi und 65% in Kaduna. Die Schlusslichter der Liste bildeten Nassarawa (19%), Yobe (17%) und Edo (10%). Die *National Planning Commission* führt derzeit eine vergleichende Erhebung und Bewertung der Bundesstaaten durch, um in Zukunft Zuschüsse des Bundes und internationaler Geber gezielter einsetzen zu können.

#### **Politische Entwicklungen und die National Political Reforms Conference (NPRC)**

Die grundlegenden Probleme der nigerianischen politischen Kultur - eine von "politischem Unternehmertum" geprägte Parteienlandschaft, die weniger der Formierung politischer Willensbildung als vor allem der Distribution der Ölrenten dient; ausgeprägte religiöse, ethnische und regionale Konflikte; Korruption und Gewalt bei Wahlen und im politischen Prozess generell - prägten die politische Szene im Laufe des Jahres 2004.

Die schweren gewaltsamen Auseinandersetzungen im Plateau State, die dort im Frühjahr 2004 in Kombination mit dem Korruptionsskandal um Gouverneur Dariye zur Ausrufung des Ausnahmezustands geführt hatten, wurden zwar durch das offenbar geschicktere Agieren des von Obasanjo eingesetzten Administrators Chris Alli zumindest abgeschwächt. Die Rückkehr Dariyes - eines Politikers, der sich wesentlich als Repräsentant des "christlichen Interesse" zu verstehen scheint - in sein Amt lässt allerdings vermuten, dass sich an den Problemen des Staates nichts grundsätzlich geändert hat; im Juli 2005 gab es erneut Gerüchte über anstehende religiöse Kämpfe ("Plateau government allays fear of religious riot", *ThisDay*, 23.7.05).

Der zweite schwelende Konfliktherd war Anambra State. Dort hatte sich Gouverneur Chris Ngige den politischen Wünschen seines "Godfathers" Chris Uba widersetzt, der Ngiges Wahlkampf finanziert (und nach Eingeständnis beider Seiten die Wahlen 2003 für Ngige manipuliert) hatte. Im Gegenzug war er 2003-04 einer Serie von Gewaltakten (Entführungsversuch, Angriffen auf Regierungsgebäude in Awka) ausgesetzt, die von Uba initiiert worden waren. Anstatt strafrechtliche Maßnahmen einzuleiten, behandelte die regierende *People's Democratic Party* (PDP) den Konflikt als "interne Angelegenheit" und versuchte, ihn in einer Serie von Vermittlungs- und "Versöhnungs"-Verhandlungen beizulegen, die alle erfolglos blieben. Zwischenzeitlich erhielt der weithin bereits als nationale Schande betrachtete Dauerkonflikt eine weitere, sensationelle Dimension, als die Polizei am 4.8.04 in Okija (Anambra) in einem Großeinsatz einen traditionellen religiösen Schrein durchsuchte und dort Dutzende von Leichen vorfand. Der "Ogwugwu Okija"-Schrein - einer von zahllosen ähnlichen Einrichtungen in ganz Nigeria - ist eine aus vorkolonialer Zeit stammende multifunktionale religiöse Institution (oft auch als "Orakel" betrachtet),

das einer Gottheit gehört und es unter anderem erlaubt, einen religiös abgesicherten Eid zu schwören. Verstößt der Betreffende gegen seinen Eid, so die Überzeugung, wird das Orakel ihn innerhalb eines Jahres töten; die Leiche wird nicht begraben, sondern in dem den Schrein umgebenden Wald der Verwesung übergeben. Neben der medialen Erschütterung über den Fortbestand einer solchen religiösen Institution im - nach genereller Überzeugung - zutiefst christlichen Südost-Nigeria erhielt der Skandal darüber hinaus eine politische Wendung, als bekannt wurde, dass die von Priestern des Schreins geführten Besucherlisten Einträge von bekannten Politikern und Geschäftsleuten enthielten. Details wurden nie veröffentlicht, aber wahrscheinlich nahmen sogar Gouverneure der Region Gefolgsleuten am Okija-Schrein den Eid auf Loyalität ab. Gouverneur Ngige seinerseits gab später zu, er sei vor seiner Wahl im Jahr 2003 gezwungen worden, den Schrein zu besuchen und dort einen Treue-Eid zu Uba abzulegen - als guter Katholik angeblich mit der Bibel in der Hand ("*Igbo rulers condemn ritual killings*", *Guardian*, 19.8.04). Aufgeklärte Kommentare werteten die Erkenntnisse über den Okija-Schrein eher als Indikator für die Verrohung der politischen Kultur - und womöglich als Indiz dafür, dass die Mängel des von Korruption geplagten nigerianischen Rechtssystems aus Sicht vieler Betroffener es offenbar erforderlich machten, Verträge nicht nur notariell, sondern eben auch transzendental zu beglaubigen. Nach erfolglosen Vermittlungsbemühungen schloss die PDP am 10.3.05 beide Kontrahenten des Konflikts in Anambra aus der Partei aus. Gouverneur Ngige war schon lange von der in Lagos regierenden *Alliance for Democracy* umworben, trat ihr jedoch bislang nicht bei und befindet sich weiterhin in Auseinandersetzungen mit der PDP.

Die Legitimität der Obasanjo-Regierung schien in der zweiten Jahreshälfte 2004 vermehrt infrage gestellt: wegen der skandalösen politischen Verhältnisse in Plateau und Anambra; aufgrund mehrerer politischer Morde der Vergangenheit, die nie aufgeklärt worden waren; wegen des vielfach als autoritär und unsensibel erscheinenden Führungsstils Obasanjos; und aufgrund der immer stärker wachsenden Einsicht, dass viele der Wahlergebnisse von 2003 - vor allem auf der Ebene der Bundesstaaten, von denen mehr als zwei Drittel unter PDP-Kontrolle sind - auf Manipulationen beruhten. Ein Prozess der Verfassungsreform verlief bestenfalls schleppend. Parallel dazu forderte das Spektrum der Gruppen, die man vielleicht als die „außerparlamentarische Opposition“ in Nigeria bezeichnen könnte und deren Spektrum vom Gewerkschaftsdachverband NLC über nicht in den Parlamenten vertretene Parteien (wie die *National Conscience Party* des Menschenrechtsanwalts Gani Fawehinmi), Bündnisse wie die *Conference of Nigerian Political Parties* (CNPP) und zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen bis hin zu bekannten Persönlichkeiten wie dem Literaturnobelpreisträger Wole Soyinka reicht, verstärkt die Einberufung einer "soveränen" Nationalkonferenz. Eine solche Konferenz sollte die Grundlagen des Zusammenlebens Nigerias neu diskutieren, unabhängig von der von der Militärregierung 1999 aufoktrozierten Verfassung.

Präsident Obasanjo hatte eine solche Konferenz jahrelang vor allem wohl aus der Befürchtung heraus abgelehnt, sie könne eine unkalkulierbare und letztlich destabilisierende Eigendynamik entfalten. Um so überraschender war, dass er am 7.12.04 eine Kommission unter dem Vorsitz des Gouverneurs von Kaduna State, Ahmed Makarfi, einsetzte, die Konzepte zur Einberufung einer Nationalkonferenz erarbeiten sollte und tatsächlich Anfang Januar 2005 konkrete Vorschläge vorlegte. Obasanjo kündigte an, die von ihm so genannte *National Political Reforms Conference* (NPRC, auch "Confab") innerhalb weniger Wochen einzuberufen und erklärte, es werde für sie keine "no go areas" geben - bis auf eine: die Konferenz dürfe den staatlichen Zusammenhalt Nigerias als solchen nicht infrage stellen.

Zu den Gründen von Obasanjos Kehrtwende - über die genannten wachsenden Legitimitätsprobleme seiner Regierung hinaus - gab es zahllose Spekulationen. Am stärksten verbreitet war die Annahme, Obasanjo wolle die Gelegenheit einer solchen Konferenz nutzen, um die verfassungsmäßige Beschränkung des Präsidentenamts auf zwei Amtszeiten auszuhebeln und sich

ein "Ticket für 2007" zu beschaffen. Eine solche Perspektive scheint zumindest aus Sicht der meisten internationalen Beobachter sehr unwahrscheinlich, da Obasanjos seine internationale Reputation, auf die der Präsident großen Wert legt, verlieren würde; aus nigerianischer (und weiterer afrikanischer) Binnensicht erscheint sie dagegen durchaus nicht so absurd. Klar ist auch, dass Obasanjo die "außerparlamentarische Opposition" aufbrechen konnte, indem er zumindest Teile der gemäßigten Kritik integrierte, etwa einige "sozio-kulturelle" (d.h. ethnische) Organisationen wie Afenifere (Yoruba) und Ohaneze (Igbo), den NLC-Führer Adams Oshiomole und eine Reihe von Persönlichkeiten aus der zivilgesellschaftlichen Szene. Obasanjo machte sogar ein Angebot an Wole Soyinka und Anthony Enaharo als Führer der "Pro-National Conference Organisation" (PRONACO), die sich als Repräsentantin der authentischen Forderung nach einer souveränen Nationalkonferenz begreift, doch lehnten beide eine Beteiligung ab. Stattdessen kündigte PRONACO an, eine eigene unabhängige Nationalkonferenz durchzuführen, warb in den folgenden Monaten bereits Gelder dazu ein, und führte zur Jahresmitte mehrere regionale Vorbereitungstreffen durch. Widerstand gab es auch von Seiten des Parlaments, das offenbar -zurecht, wie sich in den nächsten Monaten zeigte - seine eigene Bedeutung infragegestellt sah und die Genehmigung eines Budgets für die NPRC im Umfang von knapp 1 Mrd. Naira (7,3 Mio. US\$) verweigerte. In der Folge finanzierte Obasanjo die NPRC aus anderen Mitteln - wahrscheinlich in alter Tradition aus dem NNPC-Haushalt, wie vielfach behauptet wird. Trotz dieses moderaten Budgets war Kritik am finanziellen Aufwand für die Konferenz und an den Tagessätzen der Delegierten anfangs weit verbreitet.

Substanziellere Kritik betraf die Benennung der insgesamt 393 Delegierten. 218 von ihnen wurden durch die Regierungen der Bundesstaaten (sechs Delegierte pro Staat plus zwei aus Abuja) ernannt; darunter waren viele "ausgediente Politiker", die in der Öffentlichkeit als wenig zukunftsorientierte Gefolgsleute ihrer jeweiligen Gouverneure wahrgenommen wurden. Weitere Delegierte wurden von den verschiedensten Organisationen, Institutionen und Parteien ernannt. Präsident Obasanjo behielt sich das Recht zur Ernennung von 50 Delegierten vor, darunter viele "respectable elder statesmen" und 20 Frauen, während die restlichen Statusgruppen nicht mehr als eine Handvoll von Frauen als Delegierte ernannten. Gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil in Nigeria waren Muslime mit 160 Delegierten deutlich unterrepräsentiert ("Northern states may withdraw from confab, says Daiyabu", *Guardian*, 2.5.05). Die Kritik am "used politician"-Syndrom war nicht völlig falsch, übersieht allerdings, dass diese letztlich den Verlauf der Konferenz nicht unbedingt dominierten. In Nachhinein problematischer erscheint die starke Rolle der von den Staatsregierungen ernannten Delegierten, die wesentlich dazu beitrug, die Konferenz am Ende zum Schauplatz der Verhandlung von Regionalinteressen werden zu lassen.

Mit dem Richter Niki Tobi als Vorsitzenden und dem Priester Matthew Hassan Kukah als Sekretär übernahmen zwei in allen Landesteilen geachtete Nigerianer die Leitung der Konferenz, die am 21.2.05 offiziell eröffnet wurde. Die Konferenz war der Öffentlichkeit zwar nicht direkt zugänglich, doch konnten Memoranden eingeschickt werden, und durch intensive Medienberichterstattung, zahllose Interviews etc. war die Publizität gesichert. Neben zahlreichen Plenardiskussionen arbeitete die NPRC über längere Phasen in Komitees zu einzelnen Themenbereichen.

Tatsächlich erarbeitete sich die NPRC, trotz aller vorherigen Skepsis, zwischen März und Juni 2004 erfolgreich eine Position als zentrale Plattform der politischen Debatte in Nigeria. Sie wurde sozusagen zum "Diskurskonzentrator", der vielleicht nicht viele neue, aufsehenerregende Positionen oder Einsichten produzierte, aber versprengte Debatten bündelte, indem sie einen zentralen Bezugspunkt zur Verfügung stellte. In dieser Hinsicht wurde die NPRC für einige Zeit tatsächlich zu einer zentralen Plattform des nationalen Dialogs, der andere an den Rand drängte. Letzteres galt insbesondere für das Parlament, das - zusätzlich vom Korruptionsskandal um den Erziehungsminister geplagt - für eine Weile

weitgehend aus der öffentlichen Aufmerksamkeit verdrängt wurde. Böse Zungen behaupten, genau diese Demütigung des Parlaments sei Obasanjos Ziel gewesen. Selbst für die "Ablehnungsfront" um PRONACO und radikalere Akteure, die an der Vorbereitung ihrer eigenen Nationalkonferenz arbeiteten, wurde die NPRC zum Bezugspunkt, und ihre ursprünglich für Juni angestrebte Parallelveranstaltung wurde inzwischen auf August verschoben.

Seit Mai 2005 konzentrierten sich die kontroversen Debatten in der NPRC zunehmend auf zwei Fragen, die charakteristisch für die Bruchlinien des politischen Systems in Nigeria sind und am Ende nicht gelöst werden konnten. Beide berühren zentrale Fragen der Macht- und Ressourcenverteilung: Die erste von ihnen betraf die Amtsdauer und Anzahl der Amtsperioden für Präsident und Gouverneure; hier spielten unmittelbar taktische Überlegungen verschiedenster Akteure im Vorfeld der für 2007 anstehenden Wahlen hinein. Die zweite, grundsätzlichere kontroverse Frage bezog sich auf die zukünftige Rolle des "Derivationsprinzips" für die Verteilung der Staatseinnahmen (d.h. die Frage des Anteils aus den Einnahmen aus der Produktion von Erdöl und anderen Ressourcen, der an die Herkunftsregion zurückfließt). Vor allem sie machte die NPRC zum Schlachtfeld organisierter regionaler Interessen. Die in der "South-South" genannten "geopolitischen Zone" organisierten ethnischen Minderheiten des Südens, auf deren Territorium der Löwenanteil der Erdölförderung stattfindet, forderten unter dem Schlagwort "Ressourcenkontrolle" eine deutliche Erhöhung des derzeitigen 13%-Anteils auf eine Quote von 25% ab 2006, die im Verlauf der folgenden fünf Jahre auf 50% steigen sollte. Oronto Douglas, bekannter Niger Delta-Aktivist, der ein Minderheitenvotum in dem für diese Fragen zuständigen Komitee abgab, erklärte seine Position damit, dass einer hohen Derivationsquote eine hohe Besteuerung der Einnahmen gegenüberstehen könne und solle, doch werde damit zumindest das Finanzsystem Nigerias auf eine tragfähige Basis (Besteuerung statt direkter Umverteilung) gestellt. Dagegen stand die Position des Nordens, der allenfalls eine Erhöhung auf 17% hätte akzeptieren können und der argumentierte, dass eine weitergehende Erhöhung der Derivationsquote nicht nur einen Gegensatz zwischen einem nigerianischen "Kuwait" und bitterarmen Regionen zementieren würde. Sie sei auch aus historischer Perspektive ungerecht, da bis in die 1960er Jahre hinein, als eine hohe Derivationsquote existierte, die anderen Regionen zum Aufbau ganz Nigerias, und insbesondere der Ölproduktion selbst, Beiträge geleistet hätten. Verschiedenste Vermittlungsversuche scheiterten; beide Kontrahenten drohten, die NPRC zu verlassen; und am Ende verließ die Delegation des "South-South" den Saal. Nach mehreren Vertagungen wurde die Konferenz am 11.7.05 überraschend mit der Entscheidung beendet, die Empfehlungen der Komitees summarisch anzunehmen, die beiden kontroversen Fragen jedoch auszuklammern und als strittige Positionen in den Bericht der NPRC an den Präsidenten zu übergeben.

Für eine abschließende politische Bewertung der NPRC ist es noch zu früh. Offensichtlich brachte sie keinen Durchbruch in der Verfassungsdiskussion, weil über zwei zentrale Fragen keine Einigung erzielt werden konnte. Insofern gibt es auch kein kohärentes Abschlussdokument, das, wie vielfach angestrebt, in ein Referendum eingebracht werden könnte. Aus diesem Grund wird die NPRC letztlich vielfach als gescheitert angesehen. Vom Abschlußbericht, der hoffentlich demnächst veröffentlicht werden wird, sind interessante Einsichten und Ideen aus der Arbeit der Komitees zu erwarten, aber keine Lösung fundamentaler Konflikte. Über Empfehlungen zu potentiell strittigen Details wie dem Status des islamischen Strafrechts ist bisher nichts bekannt. Die grundsätzliche Unklarheit über den Status der Ergebnisse der NPRC, die ja keine gesetzliche Grundlage, sondern nur beratenden Charakter hatte und somit dem Präsidenten alle Optionen offen lässt, wird damit noch vergrößert. Auf der Positivseite ist festzuhalten, dass zu vielen Themen ein fruchtbarer nationaler Dialog stattgefunden hat, der andere leidige Dauerthemen - etwa die Spekulationen zur Präsidentschaftskandidatur 2007 - für eine Weile in den Hintergrund drängte. Langfristig negativ könnte sich die Tatsache auswirken, dass die

Konfrontation über "Ressourcenkontrolle" in einer Weise zugespitzt wurde, die eine Überbrückung des Gegensatzes zwischen Norden und "South-South" immer schwieriger erscheinen lässt und radikalere Akteure im Niger Delta in ihrer Überzeugung bestärken könnte, dass nur eine weitgehende Trennung vom Rest Nigerias ihren Interessen entspricht.

Insgesamt hat die NPRC Nigeria einen Debattenfrühling beschwert, der jedoch schon bald in einen heißen Herbst umschlagen könnte, in dem alte und neue Kontroversen zugespitzt werden.

Die endgültige Ablehnung der von Obasanjos Herausforderer Muhammadu Buhari beim Obersten Gericht eingereichten Anfechtungsklage gegen die Präsidentschaftswahlen von 2003 am 1.7.05 war zwar keine Überraschung. Doch könnte sie die Kontrahenten Obasanjos und der PDP-Gouverneure dazu veranlassen, radikalere Positionen einzunehmen, als Folge der Erfahrung, dass rechtsstaatliche Prozeduren der Wahlanfechtung fast nichts bewirken. Die Diskussion über die Wahlmanipulationen 2003 könnte neu aufflammen und die Legitimität der PDP-dominierten Regierungen wieder verstärkt infrage stellen. Zugleich könnte das während der Laufzeit der NPRC weitgehend ins politische Abseits gedrängte Parlament oder auch einzelne Gouverneure sich entschließen, den Präsidenten aufs neue herauszufordern.

Der noch vor Jahresende geplante, mit großem technischen und logistischen Aufwand vorangetriebene und mit rund 100 Mio. Euro aus EU-Mitteln geförderte Zensus führt bereits jetzt zu Kontroversen. Bisher war geplant, die kritischen Merkmale "Religionszugehörigkeit" und "Sprachgruppe" nicht abzufragen. Daraufhin drohten verschiedene Gruppen - insbesondere die Vertretungen der christlichen Minderheiten in Nord-Nigeria, aber auch Gruppen im Igbo-sprachigen Südosten - mit einem Zensus-Boycott, während andere Gruppen ihren Boycott für den Fall ankündigten, dass die bisherige Politik geändert werden sollte. Ohnehin drohen die Ergebnisse - egal, wie sie ausfallen - kontrovers zu werden.

Auch die Aktivitäten der PRONACO versprechen interessant für den weiteren Verlauf der politischen Debatten in Nigeria zu werden. Einerseits beansprucht PRONACO, ein breites zivilgesellschaftliches Spektrum zu repräsentieren, das in der "offiziellen" Nationalkonferenz nicht oder nur unzureichend vertreten war. Andererseits ist das von PRONACO vertretene Basiskonzept der Nationalkonferenz als Zusammentreffen "ethnischer Nationalitäten" ausgesprochen problematisch: Zum einen institutionalisiert es das ohnehin konfliktreiche Prinzip der politischen Ethnizität. Zum zweiten stößt jede operationale Definition der Repräsentanz "ethnischer Nationalitäten" auf Probleme, weil die Zugehörigkeit zu spezifischen ethnischen Gruppen vielerorts alles andere als klar ist. Selbst wenn sie erfolgt, weisen die ethnischen Gruppen in Nigeria extrem unterschiedliche Größen auf, die jedes Proporzsystem vor große Herausforderungen stellen. Ein drittes Problem besteht in der Tatsache, dass einige der in PRONACO repräsentierten Gruppen eher einer "uncivil society" angehören. Darunter sind militante ethnische Milizen mit manifest separatistischen Zielsetzungen, wie das *Movement for the Actualisation of the Sovereign State of Biafra* (MASSOB). Andere Gruppen verfügen sogar über bewaffnete Formationen, wie der *Odua People's Congress* (OPC) im Yorubaland und die *Niger Delta People's Volunteer Force* von Mujahid Dokubo Asari im Niger Delta. Es bleibt abzuwarten, wie die PRONACO-Konferenz - wenn sie denn zustande kommt - sich der Frage der "Ressourcenkontrolle" stellen wird.

### **Gewaltsame Konflikte und Sicherheitssituation**

Das Niger Delta blieb wie in den vergangenen Jahren Krisenherd Nummer Eins in Nigeria. Nach schweren gewaltsamen Auseinandersetzungen 2003 im Raum Warri spitzte sich seit Jahresmitte 2004 die Lage im Raum Port Harcourt zu. Dort hatten sich zahlreiche - manche Schätzungen sprachen von bis zu 100 - bewaffnete Gangs und Gruppen (auch "Kulte" genannt) gebildet. Viele von ihnen verstehen sich als ethnische Milizen der Ijaw, der größten Bevölkerungsgruppe in den Niger Delta-Staaten Rivers und Bayelsa. Sie

finanzieren sich im Wesentlichen durch Diebstahl von Erdöl aus angezapften Förderstationen und Pipelines ("illegal bunkering"), teilweise auch durch unregistrierte Verladung von Erdöl an den Terminals. Dies ist Diebstahl in industriellem Maßstab: Nach verschiedenen Schätzungen aus den Jahren 2003-04 verschwanden 10% oder mehr der nigerianischen Erdölproduktion in illegalen Kanälen - eine Größenordnung von 12.000 Tonnen *pro Tag*. Ganze Schiffloadungen gestohlenen Erdöls wurden, offenkundig auch unter Mithilfe korrupter Militärs, an Tanker vor der Küste verkauft und die Einnahmen zum Aufbau regelrechter kleiner Armeen und zum Kauf moderner Waffen und Ausrüstungen (Schnellboote) verwendet.

Die beiden wichtigsten Gruppen hatten sich um Mujahid Dokubo Asari und Ateke Tom gebildet. Im August und Anfang September 2004 kam es zu schweren Kämpfen zwischen beiden Gruppen in Port Harcourt, denen Dutzende unbeteiligter Personen zum Opfer fielen. Zum Hintergrund dieser Auseinandersetzungen gehört auch, dass im Umfeld der Wahlen im Jahr 2003 verschiedene Gruppen für den Gouverneur von Rivers State, Peter Odili, gearbeitet hatten, während sich Dokubo Asari zwischenzeitlich gegen den Gouverneur gewandt hatte. Dokubo Asari selbst ist eine schillernde Persönlichkeit, die zwischen politischem Engagement - einem radikalen Ijaw-Nationalismus - und dem Profil eines "Warlords" oszilliert. Die für südostnigerianische Verhältnisse sehr ungewöhnliche Tatsache, dass er vor einigen Jahren zum Islam konvertierte, machte ihn gerade für internationale Beobachter verdächtig - auch wenn Fachleute nie ernstlich behauptet hätten, dass mit Dokubo Asari gleichsam der islamische Fundamentalismus an den Ölterminals des Niger Deltas angekommen sei (vgl. die mit dem Verdacht einer Verbindung zu Osama bin Laden spielende und sie zugleich widerlegende Berichterstattung in *Africa Confidential* : "Guns, gangs and oil", 10.9.04, und "Day of the locusts", 8.10.04).

Am 27.9.04 stellte der inzwischen als hochgerüstet geltende Dokubo Asari der nigerianischen Regierung und den im Delta tätigen Ölfirmen das Ultimatum, zum nigerianischen Unabhängigkeitstag am 1.10.04 die Produktion einzustellen; andernfalls werde seine auf einige hundert Kämpfer geschätzte Armee Angriffe auf Ölanlagen beginnen. Diese Nachricht führte zu Nervosität auf den globalen Rohölmärkten, wo die Preise neue Höchststände erreichten. Offenbar hatte der Konflikt die Management-Fähigkeiten des Gouverneurs von Rivers State und auch der bereits eingesetzten Militäreinheiten inzwischen überschritten. Warum Obasanjo keine militärische Option wählte, ist bis heute unklar, doch wird weithin vermutet, dass die US-amerikanische Regierung ihn davon abhielt - vermutlich um eine weitere Eskalation und eine weitere Steigerung der Ölpreise zu verhindern, vielleicht auch weil die US-Militärbeobachtung den Einsatz des Militärs als zumindest kurzfristig zu kostenträchtig bewertete. Unter Vermittlung des Consultants, der 2003 für Shell eine kritische Studie zur Rolle der Firma in den kommunalen Konflikten im Delta erstellt hatte, wurde Dokubo Asari im Präsidentenjet am 29.9. nach Abuja geflogen, um mit Obasanjo zu sprechen. Danach erklärte er, man habe einen "Waffenstillstand" und eine Entwaffnung ausgehandelt. Es ist nicht bekannt, welche Gegenleistungen genau er erhielt, doch wird allgemein davon ausgegangen, dass die Verhandlungen mit großzügigen Zahlungen der Regierung an Dokubo Asari und seine Gruppe einhergingen. Dokubo Asari selbst kehrte nach Port Harcourt zurück und pflegt dort seither einen neureichen Lebensstil, hin und wieder begleitet von Warnungen, dass er den Kampf wieder aufnehmen werde, falls den Ijaw keine Gerechtigkeit widerfahren würde; zugleich engagiert er sich in PRONACO. Es gibt bisher keine zuverlässigen Angaben darüber, wie erfolgreich der Entwaffnungsprozess der militanten Gruppierungen im Raum Port Harcourt in der Realität ist. Jedenfalls muss damit gerechnet werden, dass Dokubo Asari oder andere militante Ijaw-Aktivisten sich nach dem Scheitern eines Kompromisses zur "Ressourcenkontrolle" in der NPRC erneut radikalisieren, und dass das Gewaltpotential dieser Gruppen im Niger Delta hoch bleibt.

Neben und unabhängig von dieser Zuspitzung im Raum Port Harcourt Ende September 2004 kam es im Niger Delta weiter zu Entführungen und gewaltsamen Konflikten, darunter Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen lokalen Gemeinschaften sowie zwischen ihnen und Ölfirmen. Auch wenn es zahlreiche Initiativen zum Management von Konflikten und zur Verbesserung der sozialen und ökonomischen Situation im Niger Delta gibt und die Bundesstaaten erhebliche Beträge aus dem *Federation Account* erhalten, die sie zumindest teilweise in den Ausbau von Infrastruktur investieren, ist keine grundsätzliche Trendwende erkennbar. Der Verlust sozialer Kohäsion in vielen Gemeinschaften des Niger Deltas - wesentlich gespeist aus der Frustration der Jugendlichen über ihre Marginalisierung und die Missachtung ihrer Interessen durch lokale Führer und Staatsregierungen - macht eine Verbesserung auch langfristig schwierig. Derzeit scheinen kaum Möglichkeiten in Sicht, die bestehende "Kriegsökonomie" (illegale Ölverkäufe finanzieren Waffenkäufe, die wiederum illegale Aktivitäten aller Art ermöglichen) außer Kraft zu setzen. Derweil gibt es immer wieder Berichte darüber, dass die US-amerikanische Marine die Situation im Delta und anderen westafrikanischen Ölgebieten beobachtet und militärische Präsenz durch Manöver im Golf von Guinea (von den USA als reguläre Trainingsmaßnahmen bezeichnet) demonstriert.

Auch in anderen Landesteilen erlebte Nigeria wieder einzelne gewaltsame Konflikte um Land, Religion und "Indigenität", die jedoch - anders als im religiös gefärbten Konflikt in Plateau im Frühjahr 2004 - nicht auf andere Landesteile und insbesondere nicht auf die städtische Migrantenbevölkerung übergriffen. Die Konfliktkonstellation vor dem Hintergrund der Sharia-Gesetzgebung in Nord-Nigeria bleibt weiter latent gefährlich, hat aber zumindest nach Frühjahr 2004 zu keinen weiteren Gewaltausbrüchen geführt. Währenddessen gehören die allgemeinen Sicherheits- und Kriminalitätsprobleme nach wie vor zu den größten Alltagsorgen der nigerianischen Bevölkerung (vgl. die Meinungsumfrage des *Guardian*, 26.6.05, S. 6)

Ein im Mai 2005 veröffentlichter Bericht des U.S. *Intelligence Council* mit dem Titel "Mapping Sub-Saharan Africa's Future" erregte großes Aufsehen, weil er die Möglichkeit eines Zerfalls Nigerias - etwa nach einem Putsch junger Offiziere (nach dem Muster des ersten Coups von 1966) - in Betracht gezogen hatte. Von vielen als Prognose oder gar als politische Zielvorstellung - statt als "worst case"-Szenario - verstanden, zog der Bericht scharfe Proteste in der Öffentlichkeit und im politischen Establishment nach sich. US-Stellen betonten im Nachhinein, der von einem Expertengremium erarbeitete Bericht repräsentiere nicht die offizielle Position amerikanischer Politik.

Hin und wieder auftauchende Berichte (oder eher Vermutungen) über eine Bedrohung in Nigeria durch international vernetzte islamistische Terrorgruppen sind bisher wenig konkret geworden. Am 17.6.05 wurde die US-Botschaft in Lagos für mehrere Tage nach einer Sicherheitswarnung geschlossen; andere Botschaften (darunter auch die deutsche) folgten dieser Maßnahme, offenbar ohne dass sie über Einzelheiten informiert worden wären. In der nigerianischen Öffentlichkeit wurden die USA vor allem dafür kritisiert, dass sie die Maßnahme nicht mit der Regierung abgestimmt hätte. Die in Nigeria ansonsten allenfalls diffuse Angst vor Terroranschlägen rückte durch die Botschaftsschließungen näher. Die Anschläge in London am 7.7.05 erhielten aufgrund der zahllosen persönlichen und geschäftlichen Verbindungen zwischen Nigeria und der britischen Hauptstadt eine große Aufmerksamkeit; zwei der Londoner Todesopfer stammen aus Nigeria.

### **Ausblick**

Die politische Entwicklung in Nigeria bleibt schwer vorhersehbar. Hatte die zweite Jahreshälfte 2004 vor allem im Zeichen langanhaltender politischer Krisen, wachsender Legitimationsdefizite der Regierung und einer bedrohlichen Zuspitzung der Krise im Niger Delta gestanden, brachten die

ersten Monate des Jahres 2005 mit der NPRC eine Phase des nationalen Dialogs und mit dem Schuldenerlass von 18 Mrd. US\$ eine nationale wie internationale Anerkennung der Bemühungen um wirtschaftliche und gesellschaftliche Reform. Allerdings wäre es naiv, solche positiven Trends einfach fortzuschreiben. Mit dem Ende der NPRC und ihrer Unfähigkeit, in der zentralen Frage der "Ressourcenkontrolle" einen Kompromiss zu erzielen, ist der Nord-Süd-Gegensatz womöglich sogar in eine neue Phase getreten, die eine weitere Radikalisierung im Niger Delta mit sich bringen könnte. Es bleibt abzuwarten, wie die von PRONACO geplante "alternative" Nationalkonferenz mit diesen Problemen umgehen und ob sie die entgegengesetzten Pole einander näher bringen oder gar weiter auseinander treiben wird. Weitere politische Kontroversen sind im Zusammenhang mit dem anstehenden Zensus vor Jahresende zu erwarten. Die politische Position des Präsidenten erscheint derzeit ausgesprochen stark, was nicht zuletzt auch Verlässlichkeit im außenpolitischen Bereich verspricht. Die innenpolitisch schwierige und schmerzhaft, aber aufgrund völkerrechtlicher Verpflichtungen unvermeidbare Übergabe der Bakassi-Halbinsel und einiger Gebiete in Nähe des Tschadsees an Kamerun wird letztlich in die Praxis umgesetzt, wenn Nigeria weiterhin einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat anstreben will.

Die weitere politische Unterstützung der Reformkräfte durch den Präsidenten vorausgesetzt, bestehen gute Chancen, dass die seit Mitte 2003 dynamisierte und vor kurzem durch den Entschuldungsbeschluss international anerkannte Wirtschaftsreformpolitik weiter vorangetrieben forciert wird. Allerdings haben die Reformkräfte nicht mehr als ein Jahr Zeit, in zumindest einigen kritischen Bereichen (z.B. Stromversorgung, Inflation) so sichtbare Fortschritte wie im Telekommunikationssektor seit Ende 2001 vorzuweisen, denn spätestens in der zweiten Jahreshälfte 2006 dürfte alle Politik in Nigeria dem Primat des Wahlkampfes untergeordnet werden. Sollten den Reformkräften jedoch einige deutliche Erfolge gelingen, könnten dadurch vielleicht auch die (erheblichen) Teile der Bevölkerung überzeugt werden, die bisher nicht an wirtschaftlichen Fortschritt und die Wirksamkeit von Reformen glauben, weil sich ihre Lebensverhältnisse - trotz relativ guter makroökonomischer Daten - bislang nicht merklich gebessert haben. Völlig offen ist, ob die Dynamisierung in der Korruptionsbekämpfung, wie sie in der ersten Jahreshälfte 2005 mit der öffentlichen Abstrafung einer Anzahl prominenter Fälle von Regelverletzungen erfolgte, aufrecht erhalten werden kann, um den verbreiteten Zynismus gegenüber der im Großen und Kleinen allgegenwärtigen Korruption zu brechen.

Die Frage der Präsidentschaftskandidatur 2007 wird demnächst noch mehr Aufmerksamkeit auf sich ziehen als bisher. Dass Obasanjo ernsthaft eine dritte Amtszeit durch Aushebung der gültigen Verfassungsvorschriften anstreben könnte, wird zwar von nicht Wenigen in Nigeria angenommen, erscheint aber dennoch nicht sehr wahrscheinlich. Viel bedrohlicher für die nigerianische Demokratie ist die Tatsache, dass der ehemalige Militärherrscher Ibrahim Babangida bereits jetzt vielen als der aussichtsreichste Nachfolgekandidat erscheint. Babangida hatte das Land zwischen 1986 und 1993 in einer Zeit des raschen wirtschaftlichen Verfalls regiert und es mit der Annullierung der Präsidentschaftswahlen von 1993 in die schwerste Krise seit Ende des Bürgerkriegs gestürzt. Darüber hinaus steht er im Ruf, während seiner Amtszeit so viel Geld unterschlagen zu haben, dass er heute jeden beliebigen Kandidaten zum Präsidenten Nigerias machen könnte - einschließlich sich selbst. Sollte dieser Fall tatsächlich eintreten, sind scharfe Auseinandersetzungen vor allem in Südwest-Nigeria zu erwarten, wo die Wahlannullierung von 1993 noch heute als "Diebstahl" einer legitimen Yoruba- Präsidentschaft wahrgenommen wird. Seit Juni 2005 gibt es - ein Novum in der nigerianischen Politik - sogar eine gegen Babangidas Präsidentschaftskandidatur gerichtete Website im Internet (<http://www.againstbabangida.com>).

Die Heinrich-Böll-Stiftung in Nigeria wird den demokratischen Transitionsprozeß in Nigeria weiterhin vornehmlich durch Förderung zivil-

gesellschaftlicher Strukturen unterstützen. Dabei liegt ein Schwerpunkt inzwischen auf Maßnahmen, die das kritische und zugleich konstruktive Engagement zivilgesellschaftlicher Organisationen mit staatlicher Politik (vor allem der Wirtschaftsreform- und Privatisierungspolitik und ihren sozialen Auswirkungen) fördern. Neben der Unterstützung von Projekten, die der Durchsetzung von Frauenrechten dienen, wird das Länderbüro sein weiteres Engagement im Bereich „Konfliktmanagement“ fortsetzen.

